

TAGESTHEMEN

Israel erwartet langen Kampf in Gaza-Stadt



AUS ALLER WELT

Kirk-Attentat: Schütze erstmals vor Gericht

Donnerstag, 18. September 2025 – DUS

Nr. 217 | 2,60 Euro

Düsseldorf

Teurere Fahrten über die Stadtgrenze



Die Preisstruktur im Verkehrsverbund soll weiter reformiert werden. Damit soll auch der sogenannte Zwei-Waben-Tarif entfallen. Das hätte Folgen für zahlreiche Routen von Düsseldorf in Nachbarstädte und umgekehrt. Das wird bereits scharf kritisiert. Seite 15

Das Warten auf neue Quartiersgaragen

Bis 2024 sollte die Verwaltung mit der Projektierung von vier Quartiersgaragen beginnen. Das ist wohl auch geschehen, wie aus dem Rathaus in Düsseldorf erst auf Nachfrage zu erfahren ist. Wo und wie neue Stellplätze entstehen sollen, bleibt aber ein Geheimnis. Die Verwaltung will dazu nichts verraten. Seite 16

Die Liga freut sich auf die DEG

Die DEL2 hat zuletzt einen Rekord nach dem anderen gefeiert. Und jetzt kommt auch noch die DEG dazu. Durch den Absteiger erhoffen sich die Verantwortlichen weitere Steigerungen: bei Zuschauerschnitt und TV-Zahlen, bei Medieneresse und Umsatz. Am Freitag startet die DEG mit einem Gastspiel in Rosenheim in die Saison. Sport, S. 19

DAS WETTER: Bedeckt, später sonnig



Do 23°

Kommentar

AfD überholt Union in YouGov-Umfrage

Reizpunkt Bürgergeld

Von Lothar Leuschen

Die AfD hat die Union in einer neuen YouGov-Umfrage überholt. Erstmals wären mehr Bundesbürger bereit, die als in Teilen gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei zu wählen als CDU und CSU. Der Abstand von 27 zu 26 Prozent ist zwar gering, aber das Signal ist gewaltig. Alle Versuche, die Partei als zumindest in Teilen staats- und gesellschaftsfeindlich zu entlarven, verfangen nicht gegen den Reiz, den diese aggressiv nationalistische und ausländerfeindliche Gruppierung ausübt. Und der Kernpunkt der Anziehungskraft ist das Bürgergeld. Das hat das Meinungsforschungsinstitut YouGov erhoben, aus dem die AfD aktuell als stärkste politische Kraft in Deutschland hervorgeht. Das sollte Union und SPD zu denken geben.



Die Erfahrung lehrt, dass gegen die rechtspopulistische Partei auch dann kein Kraut gewachsen ist, wenn Regierungsparteien deren Positionen übernehmen. Im Gegenteil scheint es den Unterstützern egal zu sein, was die Regierung tut, denn die AfD gewinnt immer. Dennoch könnte es in diesem Fall hilfreich sein, sich anzuschauen, wie die Wahlbürger das Bürgergeld bewerten. Bei näherer Betrachtung ergibt sich dabei ein gestörtes Gerechtigkeitsempfinden. Den Befragten geht es mehrheitlich erheblich gegen den Strich, dass sich nicht zu arbeiten in Deutschland in unteren Einkommensregionen besser rentiert, als morgens aufzustehen und einen Acht-Stunden-Tag anzutreten. Und es gibt tatsächlich Konstellationen, in denen genau das der Fall ist. Der „Spiegel“ hat jüngst errechnet, dass ein Paar mit drei Kindern unter 14 Jahren vom Staat inklusive Miete mit monatlich 3350 Euro unterstützt wird. Für diese Summe muss ein Alleinverdiener einer vergleichbaren Familie brutto annähernd 5000 Euro verdienen. Das ist ein überdurchschnittliches Einkommen. Es ohne Arbeit erreichen zu können, ist nicht begründbar und führt in unteren Einkommensregionen logisch zu Neid und berechtigt zum Gefühl, übervorteilt zu werden. Das sind die Gefühle, von denen extremeristische Parteien profitieren. Deshalb und nicht etwa, um mit dem marginalen Einsparpotenzial den Haushalt zu sanieren, ist es dringend geboten, das Bürgergeld zu reformieren.



Der Guest liebt Prunk und Pomp: König Charles empfängt US-Präsident Donald Trump

US-Präsident Donald Trump und seine Ehefrau Melania sind zum Auftakt ihres Staatsbesuchs in Großbritannien von der britischen Königsfamilie begrüßt worden. Nach der Landung ihres Hubschraubers wurden sie von Prinz William und dessen Frau Catherine in Empfang genommen. Darauf

folgte die Begrüßung durch König Charles III. und Königin Camilla. Der pompöse Empfang umfasst unter anderem eine Kutschen-Prozession, Salutschüsse und ein Bankett. Am Donnerstag trifft Trump mit Premierminister Keir Starmer zusammen. | Tagethemen Foto: Kristy Wigglesworth/Pool/AP/dpa

Kriminalstatistik weist 452 Vorfälle für 2024 aus - Zahlen steigen in allen Bundesländern

Immer mehr rechtsextreme Straftaten an NRW-Schulen

DÜSSELDORF (dpa/er). An Schulen und Hochschulen in NRW hat es im vergangenen Jahr einen starken Anstieg an rechtsextremen Taten gegeben. Wie das Schulministerium mit Bezug auf die Kriminalstatistik ausführt, waren es im vergangenen Jahr 452 Vorfälle – 2023 noch 277.

Die Zahlen stammen aus der noch nicht veröffentlichten Antwort des Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag. Die SPD wollte eigentlich die Zahl der rechtsextremen Taten nur an Schulen wissen, die Statistik wird aber gemeinsam für alle Bildungseinrichtungen geführt.

In der Antwort des Schulministeriums heißt es ergänzend zu der Kriminalstatistik der Polizei: „Daraüber hinaus verzeichnet auch die Recherche- und Informationsstelle Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2024 vermehrt antisemitische Vorfälle an Schu-

len, die einen rechtsextremen/rechtspopulistischen Hintergrund aufweisen.“

Schulministerin Dorothee Feller (CDU) sagte zu den Zahlen: „Rechtsextremismus und andere Formen des Extremismus haben keinen Platz an den Schulen. Diese sind Orte, an denen sich alle am Schulleben Beteiligte sicher und gut aufgehoben fühlen müssen.“ Klar sei aber auch: „Rechtsextremismus

ist nicht nur ein schulisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, dem gemeinsam entgegengetreten werden muss.“

Die schulpolitische Sprecherin der SPD im Landtag, Dilek Engin, sagte: „Lehrkräfte brauchen schlicht und ergreifend mehr Zeit, sich mit den Jugendlichen zu beschäftigen, sie für politische Bildung zu sensibilisieren und ihnen die Dimensionen und

Konsequenzen ihres Verhaltens aufzuzeigen. Es geht dabei ein Stück weit auch immer noch um Herzensbildung – und die kommt im schulischen Alltagsstress heutzutage einfach zu kurz.“

Der Anstieg rechtsextremer Taten an Bildungseinrichtungen ist kein NRW-Phänomen. In allen Bundesländern, die diese Daten erheben, stiegen die gemeldeten oder zur Anzeige gebrachten rechtsextremen Vorfälle an Schulen und Hochschulen zwischen 2023 und 2024 sprunghaft, darunter Sachsen-Anhalt (von 74 auf 185 Fälle), Hessen (von 37 auf 167) oder Bayern (von 176 auf 244).

Großteils handelt es sich bei den Taten um sogenannte Propagandadelikte wie Hakenkreuz-Graffiti und Hitlergrüße, aber auch um rassistische Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen gegen Migranten. | Wirtschaft

Kritik an Priens Extremismus-Aussage

SPD-Bundestagsabgeordnete haben Äußerungen von Bundesbildungssenatorin Karin Prien (CDU) zum Umgang mit Fördermitteln für Anti-Extremismus-Projekte kritisiert. Prien hatte angekündigt, stärker mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten zu wollen, um gezielt verdächtige Or-

ganisationen zu überprüfen, die Geld aus dem Programm erhalten. „Es kann nicht die Lösung sein, Rechtsextremismus mit der Förderung linker Aktivisten bekämpfen zu wollen“, so Prien. Diese Aussage „irritiert uns extrem“, sagten die SPD-Abgeordneten Jasmin Hosert und Felix Döring.

Kanzler bittet Bürger um Unterstützung – Warnung vor Russland

Merz schwört auf Reformen ein



Friedrich Merz Foto: Imago/Kern

sätzlich belastet werden, nur weil sie in der Unterzahl seien. Zugleich müssten die Älteren ihren Ruhestand in wirtschaftlicher Sicherheit genießen können.

Zuvor hatte AfD-Fraktionschefin Alice Weidel den Kanzler scharf attackiert, ihm er-

neut den Bruch von Wahlversprechen und „Kriegstreiber“ in der Ukraine vorgeworfen. Anders als in seiner ersten Generaldebatte als Kanzler im Juli ging Merz diesmal aber nicht darauf ein.

Der Kanzler betonte erneut, dass die Trennung von Innen- und Außenpolitik überholt sei. Er warnte vor einem von Russland diktierten Frieden in der Ukraine. Das würde Kreml-Chef Wladimir Putin nur ermutigen, „sich sein nächstes Ziel zu suchen“, sagte Merz. „Putin testet längst die Grenzen“, betonte er. „Er sabotiert, er spioniert, er mordet, er versucht zu verunsichern.“ | Meinung

Linnemann verteidigt Aktivrente



Carsten Linnemann

Foto: dpa/Kay Nietfeld

BERLIN (mar). CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat die geplante Einführung der Aktivrente gegen Kritik von Ökonomen und der Opposition verteidigt. „Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zur Aktivrente ist ein wichtiger erster Schritt. Er setzt wichtige Anreize, dass Menschen, die das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht haben, ihren Erfahrungsschatz, ihr Wissen und ihre Leistungsbereitschaft weiter einsetzen“, sagte Linnemann unserer Redaktion. „Wir können damit einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten“, so Linnemann. „Wenn wir unser Land voranbringen wollen, müssen wir Leistung honорieren.“ | Wirtschaft

Anzeige

Rheinisches GOLDHAUS Düsseldorf

Vertrauen beim Goldverkauf – Erfahrung seit 1845

Lassen Sie Ihren Schmuck, Münzen oder Uhren unverbindlich und kostenlos von unseren Experten bewertet – präzise, transparent und ohne Zeitdruck.

Moderne Röntgenfluoreszenzanalyse – schonend, präzise, nachvollziehbar.

Warum ins Goldhaus Düsseldorf?

- Viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben bereits von unseren fairen Ankaufspreisen profitiert – überzeugen auch Sie sich.
- Ob einzelne Schmuckstücke oder ganze Nachlässe – wir nehmen uns Zeit für Ihre Werte.

Besuchen Sie uns in der Görresstraße in Düsseldorf-Bonnath. Unser Team freut sich darauf, Sie persönlich und vertraulich zu beraten.

www.goldhaus-duesseldorf.de • Görresstr. 6 • 40597 Düsseldorf
Tel: 0211/17831539 • bonnath@goldhaus.gmbh